

- Teilen
- Drucken
- Als PDF speichern

[Zurück zur Übersicht](#)
[Pressemitteilung](#)

Jahresbilanz Straßenbau 2019 im Regierungsbezirk Stuttgart: 420 Millionen Euro Investitionen für Erhalt, Unterhalt sowie Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

05.02.2020

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat im vergangenen Jahr 2019 rund 420 Millionen Euro in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Darunter fallen der Unterhalt, der Erhalt und der Ausbau der Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen sowie der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur und Lärmschutzmaßnahmen an Straßen. Regierungspräsident Wolfgang Reimer: „Auch 2019 haben wir erneut hohe Umsätze im Bereich der Investitionen im Bundesfern- und Landesstraßenbau erzielt. Außerdem leisten wir engagiert unseren Beitrag, um das Ziel des Landes zu erreichen, in den kommenden Jahren mehrere Radschnellwege in Baden-Württemberg zu planen und umzusetzen. Der Fokus auf den Radwegebau sowie die Förderung nachhaltiger kommunaler Verkehrsprojekte kommt auch unserem Ziel zugute, die Luft weiter zu verbessern. Mein Dank gilt den engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Straßenbauverwaltung. Ohne sie wären diese Ergebnisse nicht denkbar.“

Bundesfernstraßenprojekte

Im Bereich der Bundesfernstraßen – Autobahnen und Bundesstraßen, einschließlich des ÖPP-Projektes im Zuge der A6 Wiesloch/Rauenberg – Autobahnkreuz Weinsberg – investierte die Straßenbauverwaltung des Regierungsbezirks Stuttgart im vergangenen Jahr rund 339 Millionen Euro.

Seit September 2019 wird der Engelbergtunnel an der A 81 saniert und die Betriebs- und Sicherheitstechnik erneuert. Grund für die umfassende Baumaßnahme sind Schäden, die durch Anhydrit verursacht wurden. Die Maßnahme wird rund 130 Millionen Euro kosten und soll voraussichtlich bis Mai 2024 abgeschlossen sein. Um den Verkehr auf der Strecke so flüssig wie möglich zu halten, sorgt das Regierungspräsidium dafür, dass tagsüber alle sechs Fahrstreifen befahrbar sind. Nur die Fahrstreifenbreiten – und damit einhergehend die Geschwindigkeit – werden eingeschränkt. Die Sperrung von einzelnen Fahrstreifen findet ausschließlich nachts statt. Außerdem wird an der Baustelle rund um die Uhr gearbeitet.

Mit Fertigstellung der umfangreichen Umbauarbeiten der Anschlussstelle Zuffenhausen auf der A 81 hat das Regierungspräsidium Stuttgart im Herbst 2019 einen leistungsfähigen Autobahnanschluss hergestellt. Die Gesamtkosten lagen bei 6,5 Millionen Euro.

Im April 2019 wurde die Ortumfahrung Mögglingen (B 29) rechtzeitig vor Beginn der Remstalgartenschau nach vier Jahren Bauzeit feierlich freigegeben und ein weiterer großer Meilenstein im Zuge des Ausbaus der B 29 von Schwäbisch Gmünd bis zur Landesgrenze erreicht. Die Kosten für die Ortsumgehung lagen bei knapp 119 Millionen Euro.

Auch der Bau der neuen iLärmschutzwand bei Mühlhausen im Täle im Landkreis Göppingen wurde fertiggestellt und die neue, 735 Meter lange Lärmschutzwand am 16. Dezember 2019 feierlich der Bevölkerung von Mühlhausen im Täle übergeben. Die Gesamtkosten dieser Baumaßnahme lagen bei rund 2,2 Millionen Euro.

2019 standen auch wieder einige Brückensanierungen auf dem Programm: Die Egelseebrücke bei Vaihingen an der Enz (B 10) wurde im Oktober gesprengt. Der Neubau der Brücke soll bis Mitte 2021 fertig sein. Bis dahin kann der Verkehr über

eine temporäre Behelfsbrücke fließen. Der Bund investiert in den Abbruch der bestehenden Egelseebrücke rund 1,2 Millionen Euro. Der sich anschließende Ersatzneubau wird voraussichtlich 6,4 Millionen Euro kosten. Außerdem starteten die Vorarbeiten für den Ersatzneubau der Gumpenbachbrücke in Kornwestheim (B 27). Die neue Brücke wird parallel zum bestehenden, maroden Bauwerk ab Mitte 2020 aufgebaut und anschließend an die endgültige Position verschoben. Die Kosten für die Maßnahme betragen rund 27 Millionen Euro.

Auch ein Jubiläum wurde 2019 gefeiert: Die Kochertalbrücke, eines der bedeutendsten Bauwerke des deutschen Autobahnnetzes, wurde 40 Jahre alt. Sie prägt bis heute das Landschaftsbild bei Geislingen im Kreis Schwäbisch Hall. Das Bauwerk wurde von 2013 bis 2015 für rund 22,4 Millionen Euro saniert und hat nach Abschluss der Arbeiten hochkarätige Preise wie den Deutschen Brückenbaupreis 2016 erhalten.

Landesstraßenprojekte

Die Landesregierung hat für den Regierungsbezirk Stuttgart 82,4 Millionen Euro für den Bau und die Erhaltung von Landesstraßen bereitgestellt. Zahlreiche Fahrbahndecken wurden erneuert, Brücken saniert oder mit dem Neubau von Brücken begonnen. So wurde beispielsweise im April 2019 mit dem Neubau der Neckarbrücke gestartet, die im Zuge der neuen Ortsumfahrung Benningen an der L 1138 realisiert wird.

Einen Beitrag zur Verkehrssicherheit hat das Regierungspräsidium Stuttgart mit dem Umbau der Waldkreuzung Talheim geleistet. Der Knotenpunkt an der L 1100 wurde im Sommer 2019 zu einem Kreisverkehr umgebaut und der Unfallschwerpunkt entschärft. Die Kosten der Baumaßnahme beliefen sich auf rund 1,5 Millionen Euro, wovon das Land Baden-Württemberg 51 Prozent und der Landkreis Heilbronn 49 Prozent übernahmen.

In Stuttgart wurde im April 2019 die Mittlere Filderstraße (L 1016, zwischen Stuttgart-Plieningen und Stuttgart-Sillenbuch) saniert. Die Fahrbahndecke wurde erneuert, Schadstellen ausgebessert und Randbereiche der Straße neu hergerichtet. Das Land investierte für diese Erhaltungsmaßnahme rund 1,5 Millionen Euro.

Radverkehr wird weiter gestärkt

Das Regierungspräsidium Stuttgart plant derzeit zwei Radschnellwege: Ein Radschnellweg wird künftig im Raum Heilbronn/Neckarsulm verlaufen, der zweite Radschnellweg wird zwischen Stuttgart und Reichenbach an der Fils geplant. „Mit der Planung und Realisierung der beiden Radschnellwege leisten wir unseren Beitrag zu einer nachhaltigen Verkehrswende. Wichtig und zukunftsfähig ist ein Mobilitätsmix. Wir brauchen Radschnellwege, um noch mehr Menschen für das schnelle Radpendeln zu begeistern und das Radfahren so attraktiv wie möglich zu machen“, erklärte Reimer.

Das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur fördert den Radschnellweg in Heilbronn/Neckarsulm mit rund 1,3 Millionen Euro. Diese Mittel fließen in die Entwurfsplanung des nördlichen Abschnitts zwischen Bad Wimpfen und Heilbronn Neckargartach sowie in die Vorplanung und die Entwurfsplanung des südlichen Abschnitts zwischen Heilbronn Neckargartach und Heilbronn Horkheim.

Beim Radschnellweg zwischen Stuttgart und Reichenbach an der Fils wurden 2019 die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie um einzelne Aspekte erweitert, Planungen und Gespräche mit Grundstückseigentümern geführt und naturschutzrechtliche Untersuchungen begonnen. Die Vergabe weiterer Planungen für den Gesamtabschnitt wird im März 2020 erfolgen.

Auch für die Planung des Radschnellwegs im Rems-Murr-Kreis zwischen Fellbach und Schorndorf hat der Bund eine Förderung von 75 Prozent zugesagt.

Eine Auszeichnung für den Rad Landespreis „Neue Wege schaffen“ des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg für den Radweg auf der Körschtalbrücke den Sonderpreis – stellvertretend für alle Regierungspräsidien im Land – erhalten. Um das Radfahren auf der Brücke überhaupt zu ermöglichen, wurde im Zuge der Brückensanierung die Fahrbahn eingeeengt und gleichzeitig der vorhandene Notweg auf der westlichen Seite um rund zwei Meter breiter gemacht. Radfahrende müssen somit den großen Höhenunterschied durch das Körschtal nicht mehr überwinden. Der Radweg schließt eine Lücke im Radverkehrsnetz zwischen Ostfildern und Neuhausen.

Neben den Radschnellverbindungen hat das Regierungspräsidium weiter an der Vervollständigung des RadNETZes Baden-Württemberg gearbeitet. So wurden im Bezirk Stuttgart rund 2,5 Millionen Euro umgesetzt. Mit diesen Mitteln sind 6,5 Kilometer neue Radwege entstanden oder im Regelstandard ausgebaut worden.

Förderung kommunaler Verkehrsinfrastruktur

Die Landesregierung weitete mit der Novelle des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) zum 1. Januar 2020 die Fördermöglichkeiten kommunaler Verkehrsprojekte deutlich aus: Klimaschutz und Barrierefreiheit sollen eine noch größere Rolle spielen, Schnittstellen des Güterverkehrs und Wiedervernetzungsmaßnahmen können ebenfalls gefördert werden. „Mit den weiteren Fördermöglichkeiten und den zusätzlichen Mitteln können Städte und Gemeinden Verkehrsprojekte im Sinne der nachhaltigen Mobilität realisieren“, sagte Regierungspräsident Reimer. Auf diese Weise sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass bis zum Jahr 2030 die Hälfte aller Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden. Außerdem sollen im selben Zeitraum landesweit 500 lebendige, verkehrsberuhigte, sichere und begrünte Ortsmitten entstehen.

Auch 2019 hat das Regierungspräsidium im Zuge des kommunalen Sanierungsfonds „Brücken“ die Förderung für marode Bauwerke im Regierungsbezirk in die Wege geleitet. Der Fonds unterstützt die Stadt- und Landkreise sowie die Gemeinden, ihre in die Jahre gekommenen Brücken zu sanieren. Für die Jahre 2017 bis 2019 standen insgesamt rund 119,1 Millionen Euro zur Verfügung, wovon rund die Hälfte im Jahr 2019 den Landkreisen und Gemeinden zur Unterstützung zukam.

Ausgaben und Projekte 2019/2020 (PDF, 44 KB)

Der Stuttgarter Regierungspräsident Wolfgang Reimer wirbt für das Regierungspräsidium Stuttgart als Arbeitgeber auch für Ingenieurinnen und Ingenieure. „Die Straßenbauabteilung bietet spannende und vor allem abwechslungsreiche Aufgaben für junge Ingenieurinnen und Ingenieure ebenso wie für erfahrene Ingenieurinnen und Ingenieure, auf die große Projekte warten. Wir bieten vielfältige Aufgaben in Planung, Bau und Betrieb und sind ein attraktiver und familienfreundlicher Arbeitgeber“, erklärte der Regierungspräsident.

Reimer bedankt sich abschließend bei der zuständigen Abteilung des Hauses, die mit ihrer Arbeit die Planung und den Bau der Verkehrsinfrastruktur vorangetrieben und für einen reibungslosen Betrieb gesorgt hat sowie bei den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern: „Einen ganz herzlichen Dank möchte ich aber auch den Bürgerinnen und Bürgern für ihre Geduld aussprechen, wenn es im Bereich von Baustellen das ein oder andere Mal zu Verkehrsbehinderungen oder Staus kommt. Erhaltung sowie Bau von Straßen sind ohne Baustellen leider nicht möglich“, so der Regierungspräsident.

Hintergrundinformationen

Das Regierungspräsidium Stuttgart ist zuständig für den Bau und die Erhaltung von rund 4.600 Kilometern Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen einschließlich des dazugehörigen Radwegenetzes sowie für den Betrieb der Autobahnen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur - Straßen, Radwege und ÖPNV - nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG).

Aktuelle Informationen über Straßenbaustellen im Land können dem Baustelleninformationssystem (BIS) des Landes Baden-Württemberg unter www.baustellen-bw.de entnommen werden. Unter www.svz-bw.de liefern an verkehrswichtigen Stellen auf Autobahnen und Bundesstraßen installierte Webcams jederzeit einen Eindruck von der momentanen Verkehrslage.

Kategorie:

Abteilung 4 Regierungspräsident Straßenbau